



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

März 2023

Diese Woche hat sich das Europäische Parlament in seiner Plenartagung in Straßburg vor allem mit umwelt-, klima- und energiepolitischen Themen befasst. Darüber hinaus fand eine Veranstaltung anlässlich des internationalen Weltfrauentags statt.

Aus dem Plenum

Parlament beschließt mit knapper Mehrheit einen Sanierungszwang - Energieeffizienz von Gebäuden

„Diese Woche wurde im Europaparlament über den Vorschlag für die neue EU-Richtlinie für Energieeffizienz von Gebäuden abgestimmt. Laut Schätzungen macht der Gebäudesektor 40 Prozent der CO₂-Emissionen aus und muss selbstverständlich dazu beitragen, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Die Frage ist nicht, ob wir den Gebäudebestand dekarbonisieren, sondern wie. Der Wohnungs- und Gebäudesektor ist bereits in den Emissionshandel einbezogen worden, was wirtschaftliche Anreize schafft in die energetische Sanierung von Altbauten zu investieren. Doch der nun von der links-grün-liberalen Mehrheit im Europäischen Parlament beschlossene Zwang zur energetischen Sanierung geht an der Realität und den Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürgern vorbei.

Die Richtlinie fokussiert sich insbesondere auf jene 15 Prozent der Gebäude, die besonders schlechte Energieeffizienzwerte aufweisen. Sie sollen so umfangreich saniert werden, dass sie bis 2030 eine Klasse und bis 2033 zwei Klassen besser eingestuft sind. Das zu erreichen, wird allerdings ausgesprochen teuer und ist ein ineffizienter Ansatz. Mehr Sinn hätte gemacht, dass man schaut wie man möglichst viele Häuser mit den nun vorgesehenen Fördermitteln sanieren kann. Gerade die schlechtesten 15 Prozent sind meist nur ausgesprochen schwierig zu sanieren. Das Geld sollte besser und zielgerichteter investiert werden.

Da wo es möglich ist, sehen wir auch heute schon einen Wandel, ganz ohne Zwang. Durch die gestiegenen Energiepreise sowie ein wachsendes ökologisches Interesse, steigt beispielsweise die Nachfrage nach Wärmepumpen stark an. Hier gilt es mehr auf Anreize zu setzen. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger aber auch sozial orientierte Wohnungsunternehmen sich eine Sanierung ihres Hauses nicht leisten können. Junge Familien, die aufgrund der gestiegenen Kosten ein älteres Haus gekauft haben oder ältere Menschen, die keinen Kredit mehr für einen kostspieligen Umbau haben, wurden bei diesem Gesetzestext vergessen. Doch auch Mieter könnten langfristig betroffen sein, wenn die Vermieter die hohen Sanierungskosten umlegen. Hinzu kommt, dass im Handwerk ein großer Fachkräftemangel herrscht. Selbst wer sein Haus sanieren lassen möchte, wird lange nach einem verfügbaren Handwerker suchen müssen. Auch die Bedürfnisse der Kommunen haben in der Richtlinie keine Beachtung gefunden. Denn auch sie leiden schon heute unter den hohen Kosten und unter der Herausforderung ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die neuen Verpflichtungen können tiefe Löcher in die Haushaltskasse reißen.“

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Data Act

„In einer Welt, in der Daten eine immer wichtigere Rolle spielen, wollen wir das Teilen dieser digitalen

Informationen erleichtern. Mit dem Data Act haben wir dafür in dieser Woche einen wichtigen Meilenstein auf den Weg gebracht. Er wird den Zugriff auf die Daten von vernetzten Maschinen, wie Smartphones und Kühlschränken, aber auch Flugzeugturbinen und Industrierobotern regeln. Als eines der maßgeblichen Gesetze für die Digitalwirtschaft in Europa hilft er, die Entwicklung von Innovationen und neuer Geschäftsmodelle zu erleichtern. Gleichzeitig schützt er die Verbraucherinnen und Verbraucher, die mehr Kontrolle über eigene Daten haben.

Bisher blieben viele Daten wegen des unklaren rechtlichen Rahmens ungenutzt. Demnächst können beispielsweise Landwirte auf die Daten ihres Traktors oder Bewässerungssystems zugreifen und so ihre Arbeit effizienter gestalten. Die CDU/CSU-Europa hat sich dafür eingesetzt, dass auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups künftig auf die Daten von Maschinen und aus Industrie zugreifen können. Gleichzeitig bleibt das Geschäftsgeheimnis geschützt.“

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Brexit / Windsor Framework

„Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Europäische Union und das Vereinigte Königreich am 27. Februar auf das "Windsor Framework" geeinigt. Damit wird eine spürbare Grenze zwischen Irland und Nordirland verhindert und schafft gleichzeitig Sicherheit und Planbarkeit. Im Mittelpunkt dieses Kompromisses steht ein Modell mit sogenannten "red and green lanes" für den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland. Demnach sollen in nordirischen Häfen nur noch Waren vom Zoll kontrolliert werden, die für Irland und damit den EU-Binnenmarkt bestimmt sind - die Rede ist hier von "red lanes". All jene Güter, die in Nordirland bleiben, sollen zügig in der "green lane" abgewickelt werden. Das gilt allerdings nur für Händler, die als „vertrauensvoll“ anerkannt werden und für deren Waren keine Gefahr besteht, dass sie in den EU-Binnenmarkt gelangen. Für dieses sogenannte "Trusted Trader Scheme" können sich Unternehmen individuell bewerben. Neben den Zollkontrollen war vor allem die Rolle des Europäischen Gerichtshof (EuGH) der Knackpunkt in den Verhandlungen. Die Interessen von London und Brüssels schienen für lange Zeit unvereinbar. Ein Kompromiss war zäh zu erarbeiten. Der EuGH bleibt die letzte Instanz, wird aber erst dann angerufen, wenn der Weg über alle anderen im Austrittabkommen inbegriffenen Foren ausgeschöpft ist.“

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Vorbereitung EU-Gipfel am 23./24.03.

„In der nächsten Woche treffen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zum Gipfel. Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa muss dabei endlich priorisiert werden. Viel zu lang wurde dieses Thema vernachlässigt. Was es jetzt bedarf sind die richtigen Ansätze und Rahmenbedingungen für die Transformationen zur CO2-Neutralität. Europa darf nicht den Fehler machen, das amerikanische Subventionsprogramm des „Inflation Reduction Act“ mit europäischen Subventionen zu bekämpfen. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit behebt man nicht dadurch, immer mehr Geld einzuspeisen, sondern durch die Erschließung neuer Märkte, zum Beispiel durch neue Handelsabkommen. Hier muss angesetzt werden anstatt ständig neue Entschuldigungen für die Forderung nach neuen Schuldenfonds zu finden.

Es ist wichtig, dass der furchtbare Krieg in der Ukraine oberste Priorität auf der europäischen Tagesordnung ist. Europa muss die Ukraine weiterhin mit Waffen und Munition unterstützen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer nicht nur um ihr eigenes Überleben kämpfen, sondern auch unseren europäischen Lebensstil verteidigen. Verlieren sie diesen Kampf, verliert auch die Freiheit, auf der Europa fußt. Umso wichtiger ist der EU-Kandidatenstatus für das Land. Er macht den Ukrainern in diesen schweren Stunden Mut und gibt ihnen die Hoffnung auf eine friedliche und freie Zukunft.“

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Ausschreibungen

Europaaktive Kommune & Europaaktive Zivilgesellschaft

Kommunen, kommunale Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure aus Nordrhein-Westfalen können sich ab sofort für die Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ bewerben. Die Auszeichnungen der Landesregierung unterstützen seit Jahren vorbildliches kommunales und zivilgesellschaftliches Engagement für Europa.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden ermuntert, innovatives und beispielgebendes Engagement für die europäische Idee vorzustellen, das in Nordrhein-Westfalen die Vielfalt und die Chancen Europas vermittelt – besonders, wenn Projekte, Veranstaltungen und Initiativen Menschen ansprechen, die bisher wenig Bezug zu Europa haben. Die Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ werden im Namen von Ministerpräsident Hendrik Wüst vergeben.

Seit 2013 erhielten 66 kommunale Akteure in Nordrhein-Westfalen die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“. 13,8 Millionen Menschen leben in diesen Kommunen und dem Landschaftsverband Rheinland. 2018 wurde die Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“ ins Leben gerufen und bisher an 16 zivilgesellschaftliche Akteure vergeben. Zwei Juries begutachten die Bewerbungen für die beiden Auszeichnungen und schlugen die Preisträger vor.

[Weitere Informationen erhalten Sie hier.](#)

DiscoverEU

DiscoverEU ist eine Aktion von Erasmus+. Sie gibt dir Gelegenheit, durch Reisen mehr über Europa zu lernen. Auf Entdeckung gehst du mit dem Zug, in Ausnahmefällen auch mit anderen Verkehrsmitteln, etwa wenn du von einer Insel oder aus einer abgelegenen Region stammst. Es erwarten dich atemberaubende Landschaften und pulsierende Städte. Jedes Jahr gibt es zwei Bewerbungsrunden. Solltest du ausgewählt werden, erhältst du einen Travel-Pass.

Wenn du 18 Jahre alt bist und in der Europäischen Union oder in einem der mit Erasmus+ assoziierten Länder – Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei – wohnst, nimmt dich DiscoverEU mit auf ein Reiseerlebnis, bei dem du die Vielfalt Europas, sein Kulturerbe und seine Geschichte entdecken und Menschen aus jedem Winkel des Kontinents kennenlernen wirst. Selbstvertrauen tanken, unabhängig sein, offen auf andere zugehen – mit DiscoverEU lernst du fürs Leben!

Die ausgewählten Teilnehmenden erhalten eine DiscoverEU-Jugendkarte, mit der sie Rabatte für Kulturbesuche, Lernaktivitäten, Sport, Transportmittel, Unterkunft, Verpflegung usw. erhalten.

[Weitere Informationen erhältst du hier.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)